

Veröffentlicht in

Die Welt

vom 5.2.2021

Blum, U. / Gleißner, W. (2021):
„Mehr ökonomischer Sachverstand bei der Corona-
Bekämpfung“, s. 2

Mit freundlicher Genehmigung der
Axel Springer SE, Berlin

www.welt.de

GASTKOMMENTAR

Der „doppelte Wissing“ und das Profil der FDP



CHRISTIAN BALDAUF

Der Generalsekretär der FDP, Volker Wissing, hat jüngst in einem WELT-Gastbeitrag die Unabhängigkeit der FDP betont. Dies ist sein gutes Recht. Ein unverwechselbares liberales Profil seiner Partei ist aber trotz der großen Koalition im Bund nicht wirklich erkennbar. Noch mehr gilt dies in Rheinland-Pfalz, wo sich die Rolle der FDP darauf beschränkt, die rot-grüne Mehrheit zu sichern. Statt liberale Spuren zu hinterlassen, macht sich Wissing Sorgen über das Profil der CDU – unnötigerweise.

Erstens: Volker Wissing FDP ist in Rheinland-Pfalz Mehrheitsbeschaffer einer rot-grünen Regierung. Die Aussage, die CDU überlasse der FDP marktwirtschaftliche Positionen, hält nicht nur mit Blick nach Rheinland-Pfalz der Realität nicht stand. Denn in Mainz setzt Volker Wissing häufig das Gegenteil der von ihm für die FDP reklamierten Politik um. Hier wird die FDP von SPD und Grünen dominiert, sie stimmte z.B. für eine Mietpreisbremse oder ein Zweckentfremdungsgesetz – nicht gerade Leuchttürme marktwirtschaftlicher Politik.

Natürlich sind in einer Koalition Kompromisse notwendig, das kennt auch die Union. Die großen Hoffnungen der Wirtschaft auf einen liberalen Minister hat er aber enttäuscht. 2018 fragte eine IHK-Präsidentin, ob der Wirtschaftsminister denn noch zünde. Bei wichtigen Indikatoren wie Wachstum oder Innovationskraft bleibt Rheinland-Pfalz allenfalls Mittelmaß. Als Infrastrukturminister verantwortet er einen gewaltigen Sanierungsstau bei den Landesstraßen, der Etat fällt mit jedem Jahr durch die Baukostensteigerungen.

Zweitens: In der Corona-Pandemie spielt Volker Wissing eine doppelte Rolle. Während er in Berlin an den Bund-Länder-Beschlüssen kein gutes Haar lässt, trägt er sie in Mainz als Vize-ministerpräsident stillschweigend mit. In Berlin kritisiert er die Bundeshilfen wahlweise als zu langsam oder zu niedrig. In Mainz verweigerte er als Wirtschaftsminister größtenteils Unterstützungszahlungen in Form von Zuschüssen, zahlte die Soforthilfen in der ersten Welle verspätet aus und investiert im Nachtragshaushalt lieber in Dorfbegrünung als in die Betriebe. Der „doppelte Wissing“ sucht in der Bundesrepublik seinesgleichen.

In Mainz will die FDP die amtierende Koalition weiterführen, und auch im Bund träumt Volker Wissing von der Ampel. Inwieweit eine rot-grüne Regierung mit FDP-Anhängsel ein Monopol auf marktwirtschaftliche Positionen bedeutet, weiß wohl nur er selbst – zumal SPD-Minister Scholz mit seiner Aussage „Der Markt regelt“ sei ein „Irrtum“, sein tiefes Misstrauen gegen ein liberales Wirtschaftsmodell formuliert. Vor rund vier Jahren wollte das Duo Lindner/Wissing besser nicht regieren als falsch regieren. Inzwischen gilt für die FDP: Hauptsache irgendwie regieren.

Aber jetzt zur CDU: Die soziale Marktwirtschaft ist in unserer DNA. Für uns bedeutet mehr Markt mehr Wohlstand und somit die Möglichkeit, mehr soziale Vorsorge zu finanzieren. Gerade in der Corona-Pandemie wurde deutlich, wie wichtig dies ist. Wird Gesundheitspolitik aber nur an ökonomischen Kennzahlen ausgerichtet, führt dies nicht nur zu einem Verlust an Menschlichkeit, sondern auch zu einem Kollaps unseres Gesundheitswesens. Dennoch: Nach einer langen Phase der großen Koalition ist es Aufgabe der CDU (und der FDP, so sie denn möchte), die soziale Marktwirtschaft wieder stärker zu betonen. In der Zeit des Wirtschaftsaufschwungs vor der Krise ist der Wohlstand zu selbstverständlich geworden. Wir müssen uns unsere Wettbewerbsfähigkeit zurück erarbeiten.

Konkret für Rheinland-Pfalz heißt das: die Sicherstellung der Ausbildungsreife unserer Kinder, eine leistungsfähige (digitale) Infrastruktur, ein ernst zu nehmendes Belastungsmoratorium für unsere Unternehmen, am besten verbunden mit dem Abbau von Bürokratie. Und schließlich die Dekarbonisierung durch Innovationen, was für uns die zeitnahe Abschaffung der EEG-Umlage und eine ganzheitliche technologieoffene Wasserstoffstrategie bedeutet. Die FDP muss nun zu sich selbst finden, damit sie wieder zu einer starken Stimme der sozialen Marktwirtschaft wird.

Christian Baldauf ist CDU-Fraktionsvorsitzender im Landtag von Rheinland-Pfalz und Mitglied des CDU-Bundesvorstands.

ESSAY

Mehr ökonomischer Sachverstand bei der Corona-Bekämpfung

Geschichte wiederholt sich nicht, schrieb Karl Marx, und wenn sie sich wiederholt, dann als Farce. Die zweite Corona-Welle könnte zur Farce der ersten werden, weil offensichtlich wenig gelernt wurde und erst jetzt versucht wird, eine „Theorie des Coronavirus“ zu finden, die nicht nur immunologische Aspekte beinhaltet, sondern auch ökonomische und damit verhaltenswissenschaftliche. Die Akzeptanz der Bevölkerung schwindet. Fehlende Erfolge beim Impfen und beim Kampf gegen die Ausbreitung der Pandemie erhöhen beständig den Druck auf die politisch Verantwortlichen. Das Argument in Deutschland, die exponentielle Entwicklung sei gestoppt, greift nicht angesichts der Erkenntnis, dass exponentielle Prozesse nie dauerhaft sind und an inhärente Grenzen stoßen.

Die richtige Frage lautet: Was ist das Ziel? Menschenleben retten? Die Wirtschaft stabil halten? Die Notfallversorgung nicht überlasten? Gegebenenfalls alles, aber in welcher Mischung? Welche Mittel sind dafür nötig? Hierzu ist zumindest das Wissen um deren Wirkung zur Reduzierung des Risikos erforderlich, gemessen in Einkommensverlusten, verlorenen Lebensjahren usw. sowie die Kosten, also der Einsatz knapper Ressourcen. Sind diese verhältnismäßig? Für den politischen Prozess wäre Transparenz, also eine Debatte über derartige Ziel-Mittel-Entscheidungen, zwingend für die demokratische Legitimation.

Im Zentrum einer Risikoanalyse steht die Frage, wie Menschen mit Risiken unter verschiedenen Rahmenbedingungen umgehen. Die aktuelle Beobachtung lehrt zunächst, dass Regionen, die in der ersten Welle weniger betroffen waren, nun vergleichsweise höhere Infektionsraten aufweisen; das gilt im innerstaatlichen ebenso wie im zwischenstaatlichen Vergleich. Weiterhin waren in der ersten Welle vor allem ältere Personen betroffen; in der zweiten Welle treiben nun zunächst eher Personen jüngerer und mittleren Alters das Risikogeschehen. Es überrascht nicht, dass die Zunahme der Infiziertenzahlen in der jüngeren Generation in der Folge (wieder) zu einem Anstieg der Infektionen bei den älteren Menschen geführt hat, zumal geeignete Schutzkonzepte speziell für Alten- und Pflegeheime auch für die zweite Welle noch nicht ausreichend geschaffen waren.

Im Frühjahr 2020 traf ein unbekanntes Virus auf eine unvorbereitete Bevölkerung. Inzwischen haben wir Abstands- und Hygieneregeln, Alltagsmasken, eine Corona-App und Erfahrung in der Behandlung der Corona-Patienten. Trotzdem kam es zu einer heftigen zweiten Welle mit sehr vielen Toten. Entweder sind vorhandene Modelle mit unzureichenden Daten gefüttert worden, oder es liegt ein Modellfehler vor.

Vielleicht sollte man sich zur Erhellung des Problems einmal die Theorie der Risikohomeostasis ansehen, welche sich mit dem Umgang des Menschen mit dem individuell empfundenen Risiko befasst. Ihr zufolge versuchen Individuen, ihr subjektiv empfundenes Risikoniveau konstant zu halten. Sinkt die Gefahr, werden sie leichtsinniger, steigt sie, vorsichtiger. Diese Theorie und die damit verbundene Risikosubstitution machen scheinbar Unerklärliches verständlich.

Warum stiegen in Spanien mancherorts die Infektionszahlen mit dem Lockdown, der härter als bei uns war? Die soziale Interaktion in Restaurants, die mit klugen Regeln vermutlich gesellschaftlich beherrschbar gewesen wäre, wurde zurückverlagert in die Privatwohnungen, in denen oft mehrere Gene-

Maßnahmen zur Einhegung der Pandemie dürfen nicht nur immunologisch begründet werden, man sollte auch Erkenntnisse aus der Risikotheorie der Wirtschaftswissenschaften einbeziehen. Statt Panik zu verbreiten, muss die Politik klare Ziele setzen



ULRICH BLUM UND WERNER GLEISSNER

rationen leben – mit erhöhten Gesundheitsinzidenzen vor allem bei Älteren. Warum haben in der ersten Welle vergleichsweise stark betroffene Regionen in Europa relative niedrige Inzidenzen, etwa Südtirol oder das Elsass? Auch das Gegenteil gilt, insbesondere im Ost-West-Vergleich in Deutschland – siehe Sachsen. Eine seinerzeit günstige Risikoerfahrung senkt heute die Vorsicht und umgekehrt. Analog erklärt dies auch, dass die in der ersten Welle wenig betroffene jüngere Generation nun in der zweiten Welle hohe Infektionszahlen hat.

Warum wirkt die aktuelle „Pandemiepolitik“ nicht wie Ende Oktober versprochen? Weil sich eine noch unsichtbare Bugwelle wegen der vier- bis 14-tägigen Inkubationszeit damals bereits aufgebaut hatte. Als sie dann sichtbar wurde, ermüdete das ständige Nachschieben von neuen Zwangsmaßnahmen das Risikobewusstsein, was zu weiteren Verschärfungen führte. Warum erscheint die jüngere Generation als Treiber? Es scheint nicht gelungen zu sein, ihr, die vom Virus weniger gesundheitlichen Schaden erwartet als ältere Mitbürger, zu verdeutlichen, dass sie trotzdem die Zeche weitgehend zu zahlen hat. Denn ganz unmittelbar sind sowohl die irreparablen langfristigen biografischen Schäden (Qualifizierung, Berufseintritt) zu berücksichtigen als auch das Bewältigen der sich weiter aufsummierenden Schuldenlast. Würden sie nicht nur gegenwärtige, sondern auch zukünftige Risiken berücksichtigen, wären im Sinne der Risikohomeostasis ihre aktuellen Verhaltensweisen vorsichtiger.

Warum war die Kommunikation möglicherweise ineffizient? Zu oft hat sie zur Rücksicht gegen Dritte, vor allem Ältere, aufgerufen, zu selten an das eigene Interesse appelliert. Weil Gesundheit ein öffentliches Gut ist, es also der Anstrengung einer

Mehrheit bedarf, um die Pandemiebekämpfung zum Erfolg zu führen, ist es staatliche Aufgabe, die Notwendigkeit dieses nur kollektiv sinnvollen Opfers zu vermitteln, und zwar nicht aus Gefälligkeit für den Staat, sondern aus ureigenem Opportunismus. Dafür ist Vorbildfunktion gefragt! Diese ist besonders dann wichtig, wenn das größte Ansteckungsrisiko inzwischen im Privatbereich und nicht im öffentlichen Raum liegt.

Auch die Rahmenbedingungen der Kommunikation sind falsch gesetzt: Fehlende Testmöglichkeiten geben ein völlig falsches Signal, denn wenn vermittelt werden soll, dass das Virus wirklich sehr schlimm ist, dann müssen Infizierte, ob mit oder ohne Symptome, so zeitig wie möglich erkannt und isoliert werden. Ansonsten erweckt man den Eindruck eines beherrschbaren Risikos – und das macht leichtsinnig. Wenn zudem der private Kauf von Schnelltests nicht möglich ist, dann wird der mündige und vorausschauende Bürger ausgebremst – sein Beitrag zur Pandemiebekämpfung ist nicht gefragt, vermutlich ist ja „alles nicht so schlimm“.

Warum existiert kein Zielsystem beziehungsweise wurde ein solches nicht rechtzeitig diskutiert? Über Kriterien der Triage nachzudenken, wenn das Gesundheitssystem kollabiert, ist zu spät. Bis heute haben Bundesverfassungsgericht und Ethikkommission des Bundes kaum praktisch verwertbare Handreichungen gegeben. Die Folgen eines „Ohne Ziel stimmt jede Richtung“ wird aktuell offenbar: Inkonsistenzen, Widersprüchlichkeiten, alles Dinge, die das Risikobewusstsein nicht schärfen und beim Fokussieren individuellen Verhaltens im Sinne einer Gemeinschaftsverpflichtung deshalb nicht helfen.

Nicht nur die Vorbereitung auf eine Pandemie im Allgemeinen war unzureichend, obwohl mehrere Studien vor rund zehn Jahren derartige Katastrophen in absehbarer Zukunft prognostiziert (wie man heute weiß, sehr realitätsnah), sondern auch die Vorbereitung auf die zu erwartende „zweite Welle“. Man erkennt dies am Fehlen fundierter Strategien bei einer möglichen Überlastung der Gesundheitsämter, eines noch breiteren Einsatzes geeigneter FFP2/FFP3-Atmungsmasken oder des flächendeckenden Einsatzes von Antigen-Schnelltests.

Schließlich sollte eine kluge Gesundheitspolitik als Ordnungspolitik nicht mit Panikmache und Stop-and-go-Maßnahmen die Rationalität der Bürger ad absurdum führen, sondern deren Risikobewusstsein aufnehmen und stärken. Möglicherweise sind Hoteliers, Restaurants und Transportunternehmen aus schierer Existenzsicherung weit stärker an einem sicheren Umfeld und vorbildlichem Verhalten interessiert als Personenkreise, bei denen die Infektionen unsichtbar oder mit geringen Symptomen ablaufen und die ihre Zukunftsperspektiven aktuell nur ungenügend im Blickfeld haben.

Das bedeutet aber auch im Sinne der Verantwortung, dass der Staat nicht jeden Schaden übernehmen – quasi versichern – darf, denn dies würde das Risikobewusstsein senken und den Anreiz, selbst gegen Corona Schutzwälle aufzubauen, verringern. Gelingt es nicht, der Bevölkerung klare Ziele zu vermitteln und eine sich an diesen messende widerspruchsfreie Anti-Corona-Politik zu implementieren, dann ist ein Lockdown, allein wegen der dann fast unvermeidlichen Überlastung des Gesundheitssystems, nicht zu vermeiden.

Ulrich Blum ist Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Werner Gleißner ist Honorarprofessor an der TU Dresden.

IMPRESSUM Verleger AXEL SPRINGER (1985)

Herausgeber: Stefan Aust
 Chefredakteur: Dr. Ulf Poschardt
 Stellvertreter des Chefredakteurs: Oliver Michalsky, Arne Teetz
 Chefredakteure in der Welt-Gruppe: Johannes Boie, Dagmar Rosenfeld
 Stv. Chefredakteur: Robin Alexander
 Geschäftsführender Redakteur: Thomas Exner
 Chefkomentator: Torsten Kraul
 Redaktionsleiter Digital: Stefan Frommann
 Leitung Editionsteam: Christian Gaertner, Stv. Philip Jürgens, Lars Winckler
 Creative Director: Cornelius Tittel
 Artredaktion: Juliane Schwarzenberg, Stv. Katja Fischer

Politik: Marcus Heithecker, Claudia Kade, Lars Schroeder, Dr. Jacques Schuster
 Forum: Eva Marie Kogel, Stv. Rainer Haubrich
 Investigation/Reportage: Manuel Bewarder, Anette Dowitz
 Außenpolitik: Klaus Geiger
 Wirtschaft/Finanzen: Jan Dams, Olaf Gersmann, Stv. Dietmar Defner, Nando Sommerfeldt, Thomas Exner (Senior Editor)
 Feuilleton: Dr. Mara Delius, Andreas Rosenfelder, Stv. Hannah Lühmann
 Literari-

che Welt: Dr. Mara Delius
 Literarischer Korrespondent: Richard Kämmerlings
 Stil/Reise: Adriano Sack, Stv. Sönke Krüger, Inga Griese (Senior Editor)
 Sport: Matthias Brügelmann
 Wissen: Dr. Pia Heinemann, Stv. Wiebke Hollersen
 Regionalredaktion Hamburg: Jörn Lauterbach
 Nachrichten/Gesellschaft: Thor Barfuss
 Community/Social: Franziska Zimmerer
 WELTplus: Sebastian Lange
 Video: Martin Heller

CvD Produktion: Patricia Plate
 Foto: Michael Dilger, Stv. Stefan A. Runne
 Infografik: Sandra Hechtenberg, Karin Sturm
 Chefredakteur Außenpolitik: Dr. Sascha Lehmann
 Stv. Clemens Wergin
 Chefkönonom: Dr. Dorothea Siens
 Korrespondenten Politik/Gesellschaft: Ulrich Exner, Dr. Richard Herzinger
 Chefkorrespondent Feuilleton: Dr. Jan Klüver
 Chefkorrespondent

Wissenschaft: Dr. Norbert Lossau
 Chefredakteur: Axel Bojanowski
 Leitender Redakteur Zeitgeschichte: Sven Felix Kellerhoff
 Ständige Mitarbeit: Prof. Michael Stürmer
 Autoren: Henryk M. Broder, Dr. Susanne Gaschke, Peter Huth, Alan Posener, Benjamin von Stuckrad-Barre, Hans Zipper
 Auslandskorrespondenten: Brüssel: Dr. Tobias Kaiser, Dr. Christoph Schiltz
 Budapest: Boris Kalnoky
 Istanbul: Deniz Yücel
 Kapstadt: Christian Putsch
 London: Stefanie Bolzen, Thomas Kielinger
 Marrakesch: Alfred Hackensberger
 Moskau: Pavel Lokshin
 New York: Hannes Stein
 Paris: Martina Meister
 Warschau: Philipp Pritz
 Washington: Steffen Schwarzkopf, Dr. Daniel Friedrich Sturm